

Detlef Siegfried

Kinderkrankheit oder Alternative? Antizentralistische Strömungen im deutschen Kommunismus 1918-1923

Wozu sollte kontrafaktische Geschichtsschreibung gut sein und kann sie überhaupt anderes hervorbringen als Spekulationen? Nein, sicherlich nicht, aber sie kann doch alternative Wege zum tatsächlichen historischen Verlauf sichtbar machen und schon strukturell die Vorstellung aus dem Wege räumen, es habe so kommen müssen. Nach dem Scheitern des Kommunismus in seiner staatlich „realen“ Form ist die Frage nach den Alternativen vielfach aufgeworfen worden. Aber auch schon zuvor haben nicht „orthodoxe“ Kommunisten immer wieder nach „dritten Wegen“ jenseit von Sozialdemokratie und Staatssozialismus gesucht. Stets ist Ihnen – von beiden Seiten übrigens – vorgeworfen worden, nicht „realpolitisch“ genug zu denken und sich in Wolkenkuckucksheimen zu bewegen. Wohin allerdings „Realpolitik“ geführt hat, lässt sich an den Ergebnissen besichtigen, zu denen die Staatsmacht in ihren Händen jeweils geführt hat. Ein guter Grund, über die Berechtigung von Utopien noch einmal neu nachzudenken.

Die Phrase von der „Kinderkrankheit“ im Titel meines Vortrags stammt natürlich von Lenin, der damit jene rätekommunistischen und syndikalistischen Strömungen kritisierte, die aus seiner Perspektive einen zu überwindenden „linken Radikalismus“ verkörperten.

Am Beispiel von „1968“, das sich in diesem Jahr zum fünfzigsten Mal jährt, kann man die Langzeitwirkung antizentralistischer Impulse gut nachvollziehen, und es ist daher ein guter Fluchtpunkt, um das Thema näher an die Gegenwart heranzuzoomen. Wie attraktiv insbesondere die linksradikalen Bewegungen der frühen Weimarer Republik für Akteure der Studentenbewegung waren, zeigte sich etwa an der Vielzahl der Raubdrucke, insbesondere aus dem Umfeld der KAPD. Die Mobilisierungskraft der Idee von der Nation, die nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg immer stärker als Kitt eines funktional und sozial zerfallenden Kollektivs wirkte, hatte sich wegen der Diskreditierung durch den Nationalsozialismus weitgehend verbraucht. Nicht zuletzt deshalb konnten die politischen Positionen der frühen Weimarer Linksintellektuellen, formuliert und praktiziert hauptsächlich zwischen 1917 und 1923, von den Intellektuellen der späten 60er Jahre wie eine Antizipation der eigenen Präferenzen gelesen werden: ihre mehrheitliche Aversion gegen das Nationale, aber auch ihre frühe Skepsis gegenüber den bürokratischen Verfestigungen in der Sozialdemokratie und dem staatlich etablierten Kommunismus, ihr demonstrativer Antiautoritarismus, ihre Aversion gegen institutionalisierte Hierarchien, ihr sozialer Egalitarismus und ihre Skepsis gegenüber dem Parlamentarismus. Im deutschen Rätekommunismus in Form der KPD-Abspaltung KAPD waren derartige Elemente besonders stark ausgeprägt – gekoppelt mit dem Versuch, gegen die

russische Dominanz im internationalen Kommunismus eine eigenständige westeuropäische Position zu formulieren. Vor allem aber rekurrten sie auf linksradikale Konzepte, weil dort dem subjektiven Faktor ein sehr viel größeres Gewicht beigemessen wurde als etwa bei Kautsky oder Lenin.

Blickt man auf die Rezeption des Rätekommunismus unter den SDS-Koryphäen, dann wird man zum Beispiel fündig bei Hans-Jürgen Krahl, dem Frankfurter Chefideologe des SDS: „Die studentische Emanzipationsbewegung und die von ihr repräsentierten Teile der Schüler und Jungarbeiter lehnen heute [...] die Mitarbeit in den traditionellen Institutionalisierungen des Politischen ab, weil diese eine alle *emanzipatorische* Selbsttätigkeit bürokratisch und administrativ erstickende Funktion haben. Wenn es primär um die Herausbildung einer emanzipatorischen Selbsttätigkeit antiautoritärer Sensibilität geht, dann ist eine Taktik der Mitarbeit *in* Parlament und *in* den Gewerkschaften um des öffentlichen Lebens willen nicht möglich.“ Und Daniel Cohn-Bendit erklärte, die Studentenbewegung träte „in die Fußstapfen“ jener „linksradikalen Gruppen“, die „den Führungsanspruch der Partei zugunsten der Spontaneität und der Selbstorganisation der Massen“ bestritten hätten. Rudi Dutschke plädierte unter Bezug auf Georg Lukács, Karl Korsch und Herman Gorter für eine Wendung auf das Subjekt und den Eingriff in den Lauf der Geschichte. Die Vorstellung des KAPD-Theoretikers Gorter von der bewusstseinsverändernden Aktivität kleiner Gruppen – 1921 gegen Lenin ins Feld geführt – finde sich, so Dutschke, in aktualisierter Form wieder in Che Guevaras Focus-Theorie, die ebenfalls den subjektiven Faktor betonte und eine revolutionäre Offensive in den Ländern der „Dritten Welt“ einleiten würde. Der positive Rekurs führender 68er auf den Rätekommunismus der Weimarer Republik ist heute auch deshalb von Interesse, weil einige von dessen zentralen Axiomen in der politischen Kultur seit 1968 zu beachtlicher Bedeutung gekommen sind – wenn auch in zumeist abgeschwächter Form. Das betrifft insbesondere die Wertschätzung des Subjekts und dessen, was man als „partizipatorische Demokratie“ bezeichnet, während Objektivitätsdenken und die Diktatur des Proletariats im Orkus der Geschichte verschwunden sind. Wie genau wurden diese Elemente in den Jahren des Epochenbruchs konzipiert? Das will ich im Folgenden an drei Teilaspekten skizzieren: am Verhältnis von Parlamentarismus und Rätedemokratie, am Ideal des altruistischen Menschen und an der Stellung zur 3. Internationale.

Die „idealistischste Arbeiterpartei der Weimarer Republik“ (Hans-Harald Müller) stützte sich hier teilweise auf radikale Arbeiter, aber auch auf Intellektuelle, die etwas betrieben, was man als utopische Politik beschreiben könnte. Eigentlich eine *Contradictio in adjecto*, aber doch insofern treffend, als hier versucht wurde, die Utopie einer freien Gesellschaft unmittelbar zu verwirklichen, ohne sich auf jene Kompromisse einzulassen, die Konzepten wie „Realpolitik“ oder „Verantwortungsethik“ zugrunde liegen. Dies resultierte aus einer Wahrnehmung der Situation des Kriegsendes als *Tabula rasa*, als Möglichkeit, die sozialen und politischen Verhältnisse vollends umzuwälzen. Sie war daher zeitgebunden und sollte schon wenige Jahre

später einer Tendenz zum Pragmatismus weichen, die sich im Linksradikalismus durchsetzte, wobei die Anziehungskraft der kommunistischen Utopie nach wie vor virulent blieb, nur weniger unvermittelt. Die KAPD-Intellektuellen agierten an jener Schnittstelle, wo ein radikaler Idealismus auf die Notwendigkeit der praktischen Gestaltung der Revolution trifft und sich im weiteren Verlauf der Weimarer Republik zwangsläufig von der unmittelbaren Verwirklichung absoluter Menschheitsideale verabschieden muss, ohne unbedingt ganz von ihnen lassen zu müssen. Hans-Harald Müller hat darin die „Konzeption einer geistigen Politik“ gesehen, „die unter dem Eindruck des ersten Weltkriegs sozialidealistisch radikalisiert und erst nach der Novemberrevolution auf reale Gegebenheiten bezogen wurde.“

Innerhalb der jungen KPD bezogen die Nordbezirke die radikalsten Positionen. Sie riefen dazu auf, aus den „zu Organen der Gegenrevolution gewordenen Gewerkschaften“ auszutreten und lehnten die Teilnahme an den Parlamentswahlen ab. Als die Zentrale der Partei die Ausnutzung der Parlamente als „Tribünen des Klassenkampfes“ forderte und für die Arbeit in den Gewerkschaften eintrat, sah sie sich einer starken Opposition gegenüber, die nun auch die in ihren Augen selbstherrliche „Führerpolitik“ der KPD-Spitze attackierte. Dem zentralistischen Anspruch der Parteiführer, wie er schon aus der alten Sozialdemokratie bekannt war, stellten die linken Kommunisten die antiautoritäre Vorstellung von einer Organisation entgegen, in der die Massen alles, die Führer nichts seien. Hinzu kam die Ablehnung der Nation, die den Horizont politischen Denkens auch bei vielen Kommunisten markierte. Und schließlich herrschte hier ein Ideal der Selbstlosigkeit vor: Nicht nur die Führer, auch die Massen, jeder Mensch könne dazu erzogen werden, wenn nur die Kontexte entsprechend waren.

Parlamentarismus und Räte­demokratie

Ein zentrales Merkmal dieser harmonischen Utopie war die Gleichheit der Menschen, die Abwesenheit von Hierarchien, die durch den Aufbau des Rätestaates „von unten auf“ untermauert wurde. Das „Massen- und Führerproblem“, wie Adolf Dethmann es bezeichnete, der Nachwuchstheoretiker der KAPD unter den Fittichen Karl Schröders, hatte schon die Konflikte innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften geprägt, und in der Auseinandersetzung um die Kriegskredite hatte sich die grundsätzliche Opposition gegen die Partei- und Gewerkschaftsführungen erheblich verstärkt. Dieses „taktische Kardinalproblem“ der Arbeiterbewegung werde im Kommunismus, so Dethmann, dadurch „gelöst, dass die Massen als erste und letzte Entscheidungsinstanz in jeder in der Politik auftauchenden Frage betrachtet werden, während die Führer [...] lediglich als ausführende Organe des Willens und der Beschlüsse der Massen anzusehen sind.“ Mit der Teilhabe aller an den Staatsgeschäften „verringert sich das Untertanenbewusstsein der proletarischen Klasse und steigert sich auf der anderen Seite ihr Staatsinteresse, hebt sich ihr Kultur- und

Bildungsniveau, wächst ihr Organisationstalent und erhöht sich ihr Solidaritätsbewusstsein als herrschende Klasse.“

Aber auch schon in der Gegenwart sollte die revolutionäre Organisation den im Proletariat vorhandenen „Willen zum Sichselbstregieren“ (Karl Schröder) fördern und ihm zum Ausdruck verhelfen. Hinter der Ablehnung der Arbeit in den alten Gewerkschaften und Parlamenten stand die Auffassung, die Arbeiterklasse würde durch die Einbindung in bürgerliche Institutionen auch mit bürgerlichem Geist infiziert. Deshalb bestand ein Kernelement ihrer „Selbstbewußtseinsbildung“ darin, in eigenen proletarischen – gewissermaßen reinen, von bürgerlichen Vorstellungen ganz freien – Organisationen den unverfälschten Klassengedanken pflegen und den Klassenkampf praktizieren zu können. Dabei ging man von der Prämisse aus, daß die vermeintlich verbürgerlichten Arbeiterorganisationen grundsätzlich nicht revolutioniert werden könnten, sondern eine wie auch immer geartete Beteiligung an ihnen unweigerlich zu einer Verbürgerlichung des Revolutionärs führen würde. Aus dem undurchdringlichen Geflecht von Integration und Korruption in den bürgerlichen Institutionen und Organisationen gab es aus der Perspektive der Linksradiكالen nur einen Ausweg: „Nicht hineingehen bzw. schleunigst aus ihnen verschwinden! Heraus aus allen Zwingburgen des Kapitals [...], die der Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats Fesseln anlegen!“ Ganz ähnlich sah man es 1968, wo die Gewerkschaften jedenfalls dem antiautoritären Flügel des SDS als gesellschaftlich vollends integrierte Agentur der Sozialdemokratie erschien, die der Selbsttätigkeit der Massen Fesseln anlegte. Und was den Parlamentarismus betrifft: Nach dem Sinn des Begriffs von der „Außerparlamentarischen Opposition gefragt, antwortete Dutschke: „Wenn wir sagen außerparlamentarisch, soll das heißen, dass wir ein System von direkter Demokratie anzielen – und zwar von Räte-demokratie.“

Der altruistische Mensch

Wie nun hatte man sich 50 Jahre zuvor eine Räte-demokratie vorgestellt? In seiner 1920 eingereichten staatswissenschaftlichen Dissertation „Der Rätegedanke als Staatstheorie und seine Keime in den Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels“ beschäftigte sich Adolf Dethmann mit der Gestalt einer nachrevolutionären Gesellschaft und ging der Frage nach, wie das „Endziel der kommunistischen Bewegung“, „der sich auf die Anarchie (d.h. Herrschaftslosigkeit) gründende Kommunismus“, staatstheoretisch zu begründen und in Gestalt des Räte-systems genauer zu charakterisieren sei: Aufbau von unten her, Wahlrecht nur für das Proletariat, Wahl von Personen anstelle von Parteien, imperatives Mandat, Aufhebung der Gewaltenteilung, Beteiligung aller an der Leitung des Staates, Arbeitspflicht etc. – und begab sich damit schon einen Schritt weg von der reinen Utopie. Im Grunde diskutierte Dethmann hier die Frage, wie die politische Unterdrückung durch die Bourgeoisie zu beseitigen und der Herrschaftsaufbau

des Proletariats zu bewerkstelligen seien – eine Arbeit, bei der man sich durchaus die Hände schmutzig machen konnte, auch wenn sie noch vom konkreten Klassenkampf der Gegenwart abstrahierte und in der Vorstellung stattfand. Die Konsequenzen dieses Programms hatten durchaus praktische Implikationen. So postulierte Dethmann für den Kommunismus die Auflösung politischer Parteien, weil es keinen Staat und keine Politik mehr gebe. Bis dahin aber habe die Kommunistische Partei ihre Funktion als Avantgarde wahrzunehmen: Derjenige „Teil der Arbeiterklasse, welcher den politischen Rätegedanken bereits voll erfasst hat und gewillt ist, ihn in die Wirklichkeit umzusetzen“, habe „die geistige und politische Führung des proletarischen Staates zu übernehmen“. Dieser Teil sollte sich „in einer einzigen Partei“ organisieren, der „proletarischen Masse als politischer Vortrupp“ vorangehen.

In der praktischen Tätigkeit als Führer einer solchen Avantgardepartei begab sich schon der Doktorand tief hinein in die politische Auseinandersetzung, aber sein Referenzrahmen sollte nach wie vor das in seiner Dissertation beschriebene Ideal des Kommunismus in seinen verschiedenen Facetten bleiben. Entscheidend war hier der Kontext der enttäuschten Revolutionserwartung. In der depressiven Gesamtsituation nach dem gescheiterten Märzaufruf 1921 erschien die Verführungskraft der Realpolitik besonders groß. Nach Auffassung der KAPD-Intellektuellen kam es deshalb gerade jetzt darauf an, ihr nicht zu erliegen, sondern an der revolutionären Theorie festzuhalten. Diesen Ansatz baute Dethmann in einer Artikelserie aus, die Anfang 1922 im *Kampfruf* erschien, der Zeitung der Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU), des rätekommunistischen Gewerkschaftsbundes. Er behauptete, ein Kampf um soziale Verbesserungen sei in der gegenwärtigen „Todeskrise des Kapitalismus“ im Grunde genommen nicht mehr möglich. Denn bei dem Widerspruch zwischen zunehmender Verelendung auf der einen, schwindelerregender Überproduktion auf der anderen Seite handele es sich um ein unaufhebbares Strukturproblem des Kapitalismus in seinem Endstadium. Daraus leiteten sich Konsequenzen für die Aufgabenstellung der Gewerkschaften ab: Der wirtschaftliche Interessenkampf sei Angelegenheit der Arbeiter als „Einzelmenschen“. Sie sollten ihn als solche wohl führen, die revolutionäre Gewerkschaft aber, die AAU, könne sich mit derart „egoistischen“ Bedürfnissen nicht abgeben, sondern müsse das „altruistische“ Interesse der gesamten Klasse im Blick haben und ausschließlich für die unmittelbar bevorstehende Revolution eintreten. An der Parteibasis lösten Dethmanns Analysen Entsetzen aus, denn damit verlor die Union jede alltagspraktische Bedeutung, die sie für viele Mitglieder durchaus noch hatte. Dethmanns früherer Kollege vom Kieler Institut für Weltwirtschaft, der Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe Paul Hermsberg, formulierte es so: „Das theoretisierende Element macht sich in dem Organ der Union, dem ‚Kampfruf‘ immer mehr breit.“ Auf das Feld der Theorie zog sich der intellektuelle Führungskreis der KAPD mehr und mehr zurück. Zwar hoffte die KAPD-Spitze noch auf ihrem Septemberparteitag 1921 auf „die demnächst wieder aufwärts führende Welle der revolutionären Bewegung“, doch konstatierte man bald darauf, der Gedanke an eine

deutsche Revolution werde „mehr und mehr unwahrscheinlich“. Dennoch sollte man, anstatt sich an als „reformistisch“ betrachteten Lohnkämpfen zu beteiligen, „den Massen immer wieder den Gedanken der Revolution einhämmern, unermüdlich und eintönig bis zum Überdruß und bis zu dem Augenblick, wo wieder eine neue Welle der Revolution heranbraust“. Das Tal sollte durchschritten und die Reinheit der revolutionären Idee bewahrt werden – gerade in der Situation, die scheinbar so zwingend den Kompromiss forderte. Diese Haltung entsprach ganz einem Charakteristikum des „abtrünnigen“ Intellektuellen, das Alfred Meusel, auch ein Kieler Kollege Dethmanns, herausgearbeitet hatte: Er „ist der geborene Feind aller Kompromisse, der ängstlich darüber wacht, dass nicht die Reinheit der Idee durch eine unvollkommene Verwirklichung in der Gegenwart befleckt wird“.

Die 3. Internationale

Seit der Gründung der KAPD war die Stellung zur Dritten Internationale einer der zentralen Diskussionsgegenstände, der die Partei bis zu ihrer Spaltung beschäftigte. Die KAPD ging davon aus, dass sie als nun organisatorisch verselbständigte Richtung des deutschen Kommunismus selbstverständlich Mitglied der Internationale sei. Tatsächlich jedoch hatte sich Lenin bereits im Oktober 1919 gegen den prinzipiellen Antiparlamentarismus und die Forderung zum Austritt aus den Gewerkschaften gewandt, wie sie unter den deutschen Linksradiكالen propagiert wurden. Schon bald nach der Gründung der KAPD ließ das Exekutivkomitee der Dritten Internationale keinen Zweifel daran, welche der beiden deutschen kommunistischen Parteien in ihrer Gunst stand – nämlich die KPD und nicht die KAPD. Als diese ihren ersten Parteitag abhielt, ging in Moskau gerade der 2. Weltkongreß der KI zuende und beschloß jene 21 Aufnahmebedingungen, die in der Folgezeit die Diskussionen in der KAPD bestimmten und bei der sich mehr und mehr eine kritische Position zum russischen Führungsanspruch durchsetzte. Jan Appel kennzeichnete die sichtbar gewordenen russischen Hegemonialbestrebungen als „Führerbewegung“ und sprach sich dagegen aus, sie und ihre Richtlinien zu akzeptieren. Dethmann kritisierte die Tatsache, daß in der kommunistischen Bewegung, die gerade erst im Entstehen sei, bereits ein Exekutivkomitee als Spitze „internationale Verfügungsrechte“ in Anspruch nahm. „Es geht aber nicht an, daß ein Exekutivkomitee oder ein Kongreß eine Taktik festlegt für sämtliche Länder der Erde, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht so weit gediehen sind.“

Neben dem Scheitern der Hoffnungen auf eine Veränderung der KI-Politik war es wohl vor allem die Einsicht in die russischen Realitäten, die zur Desillusionierung der KAPD-Spitze beträchtlich beitrug. Noch bei der Gründung der Partei hatte es geheißen, das deutsche Proletariat werde „viel annehmen müssen vom russischen Charakter und dem Einklang der revolutionären Tendenzen entsprechen“. Diese Euphorie hatte sich nach einem Einblick in die russischen Verhältnisse wohl nicht ganz verflüchtigt, war aber doch

einer bedeutend realistischeren Sichtweise gewichen — zumal sich die Lage im Lande just in diesem Frühjahr 1921 dramatisch verschlechterte. Im Fiasko des Märzaufstandes von 1921 sah man einen “Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Kommunismus”: den Zusammenbruch der Moskauer Idee, die Revolution in den westeuropäischen Ländern künstlich erzwingen zu können. Deshalb sei auch Moskaus Führungsanspruch erledigt, und die “geistige Führung” der westeuropäischen Revolution müsse nun endlich von Rußland auf Westeuropa übergehen. Schon im Laufe der ersten Jahreshälfte 1921 hatte sich die Hoffnung mancher KAPD-Führer auf eine Beeinflussung der anderen Kommunistischen Parteien in der Internationale verflüchtigt, so daß der Bruch mit ihr eher als Befreiung aufgefaßt wurde.

Schluss

Vielfach ist der Kommunismus als säkularisierte Religion beschrieben worden, deren hehres Ziel seine Anhänger mobilisierte. Genauer hat der Historiker Thomas Kroll die religiöse Qualität des Kommunismus definiert. Der Glauben an den Kommunismus als herrschaftsfreie, egalitäre Gesellschaft repräsentiere eine Werthaltung der Moderne, die nicht im Widerspruch zur Rationalität stehe, sondern mit Paul Tillich als “Rationalität mit Ekstase” zu verstehen sei.

Gerade das Ekstatische aber, wie es bei Dethmann zum Ausdruck kam, ließ Linksradikale bei nüchternen Zeitgenossen, die eher das Machbare im Blick behielten, als emphatisch-voluntaristisch erscheinen. Alfred Meusel sah in ihnen „Psychopathen des Jahres 1918“, „die die ‚Diktatur der Liebe‘, die ‚Herrschaft der Idee‘ errichten wollten, ohne die mindeste Rücksicht auf das soziale Machtverhältnis der Klassen, auf die politische Lage, sowie auf ihr eigenes unzulängliches Können zu nehmen. Solche Menschen bringen die chiliastischen Elemente, alle Verstiegtheit und alle Verzückung in die Geschichte der sozialen Bewegungen, aber gleichzeitig auch jenes Moment der Begeisterung, ohne das ein großes gesellschaftliches Interesse nicht siegen kann.“

Angesichts dessen konnten auch die Führungsambitionen, die viele Intellektuelle innerhalb von Arbeiterorganisationen hegten, zweifelhaft erscheinen. Der spätere sozialdemokratische Reichsjustizminister Gustav Radbruch hielt das charakteristische Misstrauen der organisierten Arbeiter gegenüber Akademikern für begründet, denn die „Bindung an die Arbeiterpartei durch das feste Band einer proletarischen Existenz“ sei „viel dauerhafter und unveränderlicher als die geistige Bindung durch die Idee. Die Idee gehört dem flüssigen Aggregatzustande an, bildet sich leicht um und fort und kann zu mancherlei Wandlungen und Überraschungen führen. Deshalb sind zu den Führerstellungen einer Arbeiterpartei nur solche berufen, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, der Intellektuelle aber hat sich nur zu fühlen als fachlicher Berater des politischen Führers.“

Die soziale Heimatlosigkeit, die aus ihrer Stellung zwischen bürgerlicher Erziehung und sozialistischer Politik resultierte – und auf sie ging im Kern auch Radbruchs Skepsis zurück – führte bei vielen Intellektuellen zu einem besonders ausgeprägten Radikalismus. Meusel urteilte: „Was von einer Revolution erfüllt werden kann, sind ihre materiellen Inhalte. Was von ihr unerfüllt bleibt, sind jene Werte sittlicher und geistiger Natur, denen sie zuzustreben schien.“ An dieser Entwicklung müssten, so Meusel weiter, gerade „diejenigen am meisten leiden, deren Teilnahme an der Bewegung am stärksten von der Idee her orientiert war: die Abtrünnigen“.

Am Ende noch einmal eine Rückblende auf 1968. Der umfassende Aktivismus jugendlicher Akteure um 1968, nicht zuletzt ihr Demokratisierungsbegehren, verweisen auf die seit den frühen 1960er Jahren unter den Bedingungen der Nachkriegsprosperität enorm gewachsene Bereitschaft zur Selbsttätigkeit und zum subjektiven Eingriff in den Lauf der Geschichte. Mit dem Bezug auf den Rätekommunismus griff der SDS Impulse jener Bewegung auf, die sich besonders kritisch zu zentralistischen Modellen und zu jeglicher Behinderung der Selbsttätigkeit der Massen – nicht zuletzt durch Parlament und Gewerkschaft, aber auch durch die russisch dominierte Internationale – verhalten hat. Hier wurde auch das Ideal der revolutionären Partei in Frage gestellt, dem sich einige 68er dann doch noch zuwandten, als ihre Bewegung bereits zerfallen war. Ob es eine gute Idee ist, heute eine Bewegung an die Stelle der Partei zu setzen, lässt sich kaum aus der Geschichte herleiten. Eines steht fest: Eine Bewegung, die ein Gutteil ihrer Dynamik aus dem Charisma eines Führers (oder einer Führerin) bezieht, hätten Rätekommunisten als konterrevolutionär verdammt.